

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet
--	---	---

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland.

Unter diesem Titel ist von der Monatschrift „Deutsche Arbeit“ ein Sonderheft erschienen, das über das Werden und die Entwicklung der christlichen und nationalen Arbeiterbewegung berichtet und ihre Zukunftziele darlegt. Die Führer dieser Bewegung halten es für angebracht, während der Kriegszeit ein neues Programm aufzustellen und die Taktik festzulegen, nach der in der künftigen Friedenszeit gearbeitet werden soll. Ohne Zweifel bietet diese Darlegung, die natürlich auch zu einer Auseinandersetzung mit den freien Gewerkschaften Anlass gibt, für unsere Kollegen großes Interesse, weshalb wir den Kern der umfangreichen Erweiterungen herausheben. Nach dem Geheiß: „Willst du dich selber erkennen, so sieh, wie die andern es treiben!“ wird ein Einblick in die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch unserer Bewegung zugute kommen.

Nachdem sich die unter dem Sozialisteneigenschaft entlassenen örtlichen Fachvereine anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu zentralen Gewerkschaften zusammenschlossen hatten, setzte eine starke gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ein, die neben der Forderung nach staatlichem Arbeiterschutz besonders die organisierte Selbsthilfe betonte. Diese Bewegung beschränkte sich ursprünglich auf die sozialdemokratische Arbeiterklasse und schloß sich an die Sozialdemokratie an; aber schon nach wenigen Jahren machten sich Spuren einer neuen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar, die sich in bewußten Gegensatz zu den sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften setzte. Im Jahre 1894 entstand der deutsche Eisenbahnerverband in Xrier und der Gewerksverein christlicher Organisations, die sich auf dem ersten christlichen Kongress in Mainz (1899) zusammenschlossen nach folgendem Programm: „Die Gewerkschaften sollen Mitglieder beider christlichen Bekenntnisse umfassen, aber auf dem Boden des Christentums stehen. Sie sollen sich keiner bestimmten politischen Partei anschließen und die Erörterung parteipolitischer Fragen vermeiden. Arbeiter und Unternehmer haben gemeinsame Interessen, die Gewerkschaften haben nicht nur das Recht der Arbeiter auf eine angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allen Dingen auch die Interessen der Gütererzeugung gegenüber dem Verbrauch zu vertreten. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von verständlichem Geiste durchweht und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschlossen vertreten werden. Der Zustand darf nur als letztes Mittel, und wenn er Erfolg versprechend ist, angewandt werden.“

Hier haben wir die Grundgedanken der christlichen Gewerkschaften in Reinkultur, sie sehen sich mit deutlicher Abtönung in einem Gegensatz zu den freien Gewerkschaften: Interessenharmonie gegen Klassenkampf, Parteilosigkeit gegen Sozialdemokratie, Versöhnlichkeit gegen Klassenkampf, und darüber die christliche Weltanschauung als Krönung des Gedäubes, wozu dann noch die Betonung des nationalen Standpunktes kam.

Zur Begründung der Notwendigkeit einer neuen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der freien wurde darauf hingewiesen, daß ein großer Unterschied vorhanden sei in der Beurteilung der staatlichen, gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhänge. Während die freien Gewerkschaften die internationale Klassen солидарität an die Stelle der nationalen Volkssolidarität setzten, betone die christliche Bewegung die Interessensozialität zwischen allen Volksgenossen und besonders zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Sie wolle die gemeinsamen Aufgaben eines Volkes: Vaterlandsverteidigung, Schutz und Erhaltung der Volkskraft, Pflege der Kultur und Sittlichkeit solidarisieren mit den übrigen Volksgenossen lösen, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Klasseninteressen gegenüber der Volksgemeinschaft durchzusetzen suchten. Die christlichen Gewerkschaften wollten keine Klassenparteiorganisation schaffen,

Eine wichtige Frage.

Der nun im dritten Jahre tobende Weltkrieg hat in der Organisation Verhältnisse geschaffen, die später — hauptsächlich in den größeren Zweigvereinen — noch sehr viel Arbeit verursachen werden. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr ist die Zahl der zum Militär eingezogenen Mitglieder bedeutend größer geworden. Diese Mitglieder sind zwar aus den Organisationslisten ausgeschieden, ihre Rechte und Pflichten ruhen; indem aber die einzelnen Zweigvereine an die Eingezogenen Liebesgaben sandten, indem die Organisation an die Familien der eingezogenen Mitglieder Unterstützungen schickte, indem wir auch an viele Mitglieder um jede den „Grundstein“ senden, betrachten wir sie als Mitglieder, die nur vorübergehend an der Tätigkeit für die Organisation gehindert sind und erwarten daher, daß alle Mitglieder, die aus dem Militärdienst entlassen werden, ihre Mitgliedschaft in der Organisation aufrechterhalten.

Leider machen sich bereits Anzeichen bemerkbar, daß durch den Krieg nicht nur schöne Städte und Dörfer, fruchtbare Felder und herrliche Wälder zerstört, viele Hunderttausende blühende Menschenleben vernichtet, der Organisation viele Mitglieder entzogen, sondern daß auch in sehr vielen Fällen die Verbindung zwischen den eingezogenen Mitgliedern und der Organisation gestört wird. Bei den verorteten und den als Muttererzähler in Frage kommenden Kriegsteilnehmern ist die Verbindung durch die Zahlung der Familienunterstützung, den gepflogenen Briefwechsel usw. zum großen Teil aufrechterhalten; denn die Fälle, in denen ein Anspruch auf Unterstützung besteht, dieser aber noch nicht geltend gemacht worden ist, sind gering. Anders sieht es in jeder Beziehung mit den ledigen Mitgliedern aus. Bei der Mobilmachung wurden sie plötzlich, ohne sich abmelden zu können, der Organisation entzogen. Von der Bekanntmachung des Versandvorschlages bei Ausbruch des Krieges, monach die Mitgliedsbücher bei den Zweigvereinsverwaltungen abgegeben werden sollten, erzielten sie, wie auch ihre Angehörigen, die in den meisten Fällen nicht in den Großstädten, sondern weit ab auf dem flachen Lande ihren Wohnsitz hatten, keine Kenntnis. Die lange Dauer des Krieges, die schrecklichen Ergebnisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen haben noch viele andere Dinge hatten zur Folge, daß die Verbindung mit der Organisation vollständig zerfallen wurde. Daß dieses der Fall ist, geht aus den Feststellungen unseres Zweigvereins hervor.

Im Spätsommer 1915 beschloß eine Zweigvereins-Verammlung, den zum Militär eingezogenen Mitgliedern eine Liebesgabe zu senden. Trotz aller Vorarbeiten in ununterbrochener Tätigkeit, trotz aller sonstigen Bemühungen war es bis Mitte März dieses Jahres nicht möglich, von etwa einem Drittel der Eingezogenen die Adressen zu bekommen. Später wurde dann versucht, durch eine Umfrage in den früheren Wohnungen der Betroffenen ihre Militäradressen oder die Adressen ihrer Eltern usw. festzustellen. Bei diesen Feststellungen stießen wir auf ungeheure Schwierigkeiten. In den meisten Fällen waren die Wirtskleute der Eingezogenen eins oder mehrere die Wohnung gewechselt oder waren gar nach auswärts verzogen. Hatten wir aber schließlich die Wirtskleute aufgefunden, dann mußten wir oftmals die unangenehme Wahrnehmung machen, daß die Wirtskleute weder die Militäradresse noch die Adresse der Eltern unseres Mitgliedes wußten. Da die Zahl der noch fehlenden Adressen trotz der Umfrage immer noch sehr groß war, mußten wir verüchten, die Adressen auf andere Weise zu bekommen. In den Fällen, wo auf der Personalkarte der Zweigverein angegeben war, in dem der Klasse zuletzt Mitglied war, fragten wir in dem betreffenden Zweigverein an, und als schließlich auch diese Anfragen nur sehr wenig Erfolg hatten, wandten wir uns zuletzt an die Behörden in den Geburtsorten. Leider gelangten wir auch damit nicht immer zum Ziel, weil die Angehörigen des betreffenden Mitgliedes längst verzogen waren, oder es mehrere Orte mit gleichem Namen gab, oder aber die Behörde uns ohne Nachricht ließ, so daß uns auch jetzt noch, trotz allen Bemühungen und Ver suchen, von einem, wenn auch geringen Teil Eingezogener — darunter der größte Teil Ostpreußen — die Adressen fehlen.

Diese Feststellungen lassen erkennen, wie schwierig es ist, mit den Mitgliedern, die seit der Mobilmachung eingezogen sind und die bei der Einberufung ihren Wohnsitz in einem ausserörtlichen Orte hatten, in Verbindung zu kommen. Diese Schwierigkeiten werden für die größeren Zweigvereine, je länger dieser unheilvolle Krieg dauert, immer größer, je

Zweck und Wesen der Arbeiterorganisation.

Die vielen einzelnen Mitglieder einer unterdrückten Klasse sind als einzelne zu schwach; sie zusammenzufassen, sie mit vollem Bewußtsein für die gemeinsam zu erstrebenden Zwecke zu erfüllen, den gleichgültigen oder widerstrebenden einzelnen für die Gesamtheit willig zu machen und ihn ihr unterzuordnen, durch die Gesamtheit wiederum die Vorteile jedes einzelnen wahrzunehmen und ihn dadurch fest und unlässlich mit dem Gesamtinteresse zu verketten, darin besteht das Wesen der Organisation. Nur auf diesem Wege kann die Arbeiterklasse eine Umwandlung der Gesellschaft in ihrem Sinne möglich machen.

(Georg Scholz in „Arbeiterkultur und Krieg“)

und soziales Leben durchziehen, sind nun einmal da und erscheinen immer wieder an der Oberfläche wenn die Probe aufs Exempel gemacht wird. Dann verlangt alle vernünftige Meinung, und der Kampf fordert sein Recht. So war es vor dem Kriege, so ist es während des Krieges und so wird es auch nach dem Kriege sein.

Neben und schon vor der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatten sich auch konfessionelle (katholische und evangelische) Arbeitervereine gebildet, die besonderes Gewicht auf die Pflege des religiösen Lebens legten. Sie wollten nach ihrem Programm die materialistische, atheistische Weltanschauung der Sozialdemokratie bekämpfen und ihre Mitglieder im Anschluß an die Kirche zu gläubigen Menschen erziehen. Zu dem Zwecke räumten sie der Geistlichkeit einen bestimmenden Einfluß auf ihre Grundzüge und deren Wirksamkeit ein, während die christlichen Gewerkschaften behaupteten, daß in wirtschaftlichen Dingen die Arbeiter selbständig entscheiden mußten. Es kam deshalb zu unrequierten Auseinandersetzungen und Meinungen zwischen diesen beiden Richtungen, die nicht selten sehr heftige Formen annahmen. Diese Streitigkeiten sind allgemein bekannt; aber heutzutage sucht man sie mit dem Mantel der Liebe zu bedecken. Der Brudergeist soll vergessen sein und aus diesem Grund erlaubt sich der Berichterstatter in der „Deutschen Arbeit“ eine kleine Umleitung der Tatsachen, indem er behauptet, die christlichen Gewerkschaften hätten von jeher die Berechtigung und Notwendigkeit der konfessionellen Arbeitervereine anerkannt und sie als eine Ergänzung ihrer Bestrebungen betrachtet. Daher unterließen sie mit ihnen aus sozialischem und organisatorischen Gründen eine Waffenbrüderschaft, die auf der Abgrenzung der beiderseitigen Aufgaben gebiete beruhe. Das Verhältnis zwischen diesen Richtungen sei ein ganz einfaches und klar. Diese Darstellung stellt den Friedensliebenden des Verfassers ein besseres Zeugnis aus seiner Wahrheitsliebe; denn sie entspricht keineswegs den Tatsachen. Aber es hat keinen Zweck, die alte Streitlage wieder auszugraben.

(Schluß folgt.)

die Verbindung mit immer mehr Kollegen zerissen wird, wenn nicht auf irgendeine Art und Weise versucht wird, soweit wie nur irgend die Möglichkeit besteht, mit allen eingezogenen Mitgliedern in Verbindung zu kommen. Unsere Nachforschungen hatten nun — wenn sie uns auch sehr viel Mühe und Arbeit verursachten — den Vorteil, daß wir feststellen konnten, ein wie großer Teil der Eingezogenen bereits nicht mehr als Mitglieder in Betracht kommt. Ein Teil war schon seit Monaten tot oder vermißt. Ein anderer Teil war bereits geraume Zeit vom Militär entlassen und hand in Werkstätten. Im Unkenntnis der Dinge wurden also diese Gesellen, Vermissten und Entlassenen als zum Militär eingezogene Mitglieder gezählt. In Wirklichkeit hätten sie aber schon längst abgerechnet werden müssen. Da man nun annehmen kann, daß auch in andern größeren Zweigvereinen die Verbindung mit einem Teil der zum Militärdienst eingezogenen Mitglieder zerfallen ist, kann als feststehende Tatsache gelten, daß wir unter den zum Militär eingezogenen Mitgliedern einen größeren Verlust haben, als bisher in den einzelnen Ortsvereinen bekannt wurde.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob es nach diesen Feststellungen nicht vorteilhafter wäre, wenn schon jetzt in allen größeren und kleineren die Adressen aller zum Militär eingezogenen Mitglieder festgestellt und ihnen dann der „Grundstein“ zugefandt würde. Würde man sich dieser Mühe unterwerfen, so könnte allwärts festgestellt werden, welche Verluste an Toden, Vermissten und Entlassenen wir bis jetzt unter den Eingezogenen hatten. Die näheren Feststellungen in den einzelnen Fällen würden wahrscheinlich jetzt noch leichter gemacht werden können, als wenn sich der Krieg noch länger hinzöge, später. Von noch größerem Vorteil ist aber die durch die Verbindung des „Grundstein“ geschaffene Verbindung. Durch das Fest des „Grundstein“ würden die Mitglieder wieder für die Organisation, das heißt für ihre eigene Sache — von der sie lange nichts hörten — interessiert. Damit würde wahrscheinlich auch erreicht, daß die Zahl derjenigen, die als Reklamierter oder Entlassene den Weg zur Organisation nicht finden, bedeutend geringer würde. Die Erfahrungen, die bisher wohl in fast allen Zweigvereinen mit den Reklamierten und Entlassenen gemacht worden sind, sind wirklich nicht dazu angetan, eine vertrauensvolle Stimmung hervorzurufen. Andererseits haben wir in letzter Zeit die Wahnehmung gemacht, daß alle Mitglieder, denen wir nach Feststellung der Adresse den „Grundstein“ sandten, über die Verbindung des „Grundstein“ hochzufrieden waren, und daß unter den Mitgliedern, die entlassen wurden, aber sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht meldeten, keine waren, die den „Grundstein“ erhalten hatten.

Durch den Erfolg ist die Mitgliederzahl der Organisation sehr stark geschwächt worden. Unsere Aufgabe muß daher sein, alle vom Militär zurückkommenen Mitglieder der Organisation wieder zuzuführen. Wie dringend notwendig es ist, die Organisation durch Zuführung von Mitgliedern zu stärken, um nach dem Kriege allen Stürmen standhalten zu können, das zeigt das Verhalten der Unternehmer bei der letzten Tarifbewegung, und nicht zuletzt das Verhalten jener Unternehmungen, die die Kriegszeit zur Herabdrückung des Lohnes benutzten. Nach alledem kann gar nicht früh genug mit der Auffklärung der Mitglieder und mit der Gewinnung neuer Mitglieder begonnen werden.

Anmerkung der Redaktion. Wir möchten die Anregung des Kollegen Bauerfeld recht fröhlich unterstützen. Die Erfahrungen, die nicht nur unser Verband, sondern alle Gewerkschaften ohne Ausnahme mit ihren vom Militär entlassenen Mitgliedern machen, sind in der Tat so unangenehm, daß die Arbeit zu einer Befreiung gar nicht früh genug begonnen werden kann. Geht es nicht, dann entsteht später, wenn die Massen der im Felde stehenden Mitglieder der Gewerkschaften aus dem Felde zurückkommen, die Gefahr, daß alles drunter und drüber geht und daß in vielen Orten die Organisation unter großen Mühen und Opfern völlig neu aufgebaut werden muß. Wer jahrelang mit seiner Organisation seine Verbindung gehabt hat und allen Schrecken des Krieges ausgeht, der kann leicht den Sinn für die Organisationsarbeiten verlieren und damit unserer Bewegung verloren gehen, besonders dann, wenn seine Ueberzeugung auch früher nicht so recht gefestigt war. Erfahrungsgemäß sind aber Leute, die schon einmal organisiert gewesen sind, dauerer für die Organisation wiedergewinnen als Neulinge. Warum ist es selbstverständlich, daß überall alles nur irgend mögliche aufgeben werden muß, um die Verbindung mit untern im Felde stehenden Kollegen aufrechtzuerhalten oder, wo dies nötig ist, sie neu anzuschließen. Dazu ist aber die Feststellung der Adressen das erste Erfordernis. Die Arbeit, die das verursacht, ist gewiß nicht gering, aber sie ist sicher weit geringer als sie wäre, wenn später ein großer Teil der im Felde stehenden Kollegen auf uns neue für die Organisation gewonnen werden müßte. Das gleiche gilt für die Kosten, die aus dem Briefwechsel und dem Versand des „Grundstein“ entstehen, ganz abgesehen davon, daß wir mit dieser Arbeit und mit diesen Kosten Gewinnen vorzulegen, die sich infolge der Gleichgültigkeit der aus dem Felde Zurückgekehrten heute schon geltend machen und die uns für die Zeit nach dem Kriege in sehr verwickelter Weise drohen. Alle Kosten und alle Mühen werden reichlich aufgewogen, wenn es uns gelingt, unsere Organisation über den Krieg hinweg schlagfertig zu erhalten; umgekehrt aber mühen alle Strapazen an Zeit und Geld nichts, wenn die im Felde stehenden Kollegen organisationsmüde zu uns zurückkommen und unsere in Jahrzehnten erreichten Errungenschaften zunichte machen. Mögen also unsere Zweigvereine nach den Vorschlägen des Kollegen Bauerfeld handeln. Mögen sie insbesondere von allen eingezogenen Mitgliedern, soweit das irgend möglich

ist, die Adressen feststellen, mit den Kollegen in Verbindung treten und, soweit dies gewinnlich wird, ihnen auch den „Grundstein“ senden. Die Mühen, die sie sich jetzt in dieser Beziehung machen, werden sicher später reiche Früchte tragen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Feststellung vom 25. September.
Von den 826 vorhandenen Zweigvereinen berichteten 823. Ihre Mitgliederzahl betrug 80 009, am vorigen Berichtstage 80 296. Zwei Bezirke verzeichnen eine kleine Zunahme von 7 Mitgliedern, die Abnahme betrug somit in der letzten Woche 195. Arbeitslos waren 157 = 0,23 pZt. der beteiligten Mitglieder, gegenüber 193 = 0,24 pZt. am 18. September. Das Gesamtergebnis weist demnach wieder einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf. An dieser Abnahme sind aber nur sechs Bezirke, nämlich Königsberg, Stettin, Berlin, Gera, Dresden und Nürnberg beteiligt. In zwei Bezirken, Hannover und Stuttgart, änderte sich die Arbeitslosigkeit seit dem letzten Berichtstage nicht; die übrigen 13 Bezirke hatten eine, wenn auch nicht sehr ins Gewicht fallende Zunahme. In 116 Bezirken stieg das Verhältnis der Arbeitslosen zur Mitgliederzahl in Prozenten. Es betrug dort 4,2 pZt. und damit 1,8 pZt. mehr als am vorigen Berichtstage. In allen übrigen Bezirken stand dies Verhältnis unter 1 pZt.

Arbeitslosenunterstützung empfangen 81 = 0,10 pZt. der erfassten Mitglieder; in der Woche zuvor 88 Mitglieder = 0,11 pZt.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Davon haben berichtet	In den berichteten Zweigvereinen	
			betrug die Mitgliederzahl am Schluß der abgelaufenen Woche	erhielten in der abgelaufenen Woche Arbeitslosenunterstützung
1. Königsberg	21	21	3408	—
2. Bromberg	85	85	1518	—
3. Stettin	58	58	1698	—
4. Breslau	55	55	3627	1
5. Berlin	81	81	8277	23
6. Magdeburg	89	89	6827	—
7. Gera	48	48	2531	—
8. Frankfurt	15	15	5394	—
9. Köln	14	14	3573	4
10. Dortmund	17	17	2090	—
11. Hannover	46	46	3215	—
12. Bremen	31	31	2964	—
13. Nürnberg	73	73	2264	20
14. Hof	62	62	1899	—
15. Dresden	16	16	8351	3
16. Weipzig	79	79	9729	11
17. München	25	25	2718	—
18. Wilmshausen	37	35	3253	16
19. Stuttgart	9	9	1150	—
20. Karlsruhe	16	16	2461	3
21. Straßburg	5	5	166	—
Zusammen	826	824	80009	81

In den berichteten Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Bezirk	Arbeitslose										
	Männer	Stille Arbeiter	Wartungsarbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter	Stille Arbeiter
1. Königsberg	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
2. Bromberg	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
3. Stettin	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
4. Breslau	13	9	—	25	—	—	—	—	—	—	6
6. Magdeburg	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	5
7. Gera	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	3
8. Frankfurt	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	3
9. Köln	—	1	1	2	3	—	—	—	—	—	7
10. Dortmund	1	1	—	2	—	—	—	—	—	—	4
11. Hannover	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
12. Bremen	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
13. Nürnberg	5	3	—	10	4	—	—	—	—	—	22
14. Hof	7	1	—	—	—	—	—	—	—	—	8
15. Dresden	5	2	—	1	—	—	—	—	—	—	8
16. Weipzig	21	6	—	7	1	—	—	—	—	—	35
17. München	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
18. Wilmshausen	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
19. Stuttgart	2	—	—	6	—	—	—	—	—	—	8
20. Karlsruhe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
21. Straßburg	4	—	—	2	—	—	—	—	—	—	7
Zusammen	87	27	1	62	8	—	—	—	—	—	127

Von den Internierten in der Schweiz.

In seinem vierten Zentralitätsbericht an die Bundesversammlung teilt der schweizerische Bundesrat mit, daß von Anfang April 1916 bis Ende August im Schweizer Bundesrat-Austausch 147 Deutsche und 165 Franzosen, seit März 1915 insgesamt 2343 Deutsche und 8668 Franzosen durch die Schweiz heimgeführt wurden. Die Internierten der Bundesrat teilt mit, daß von 15 853 Soldaten, 815 Offizieren und 2505 Zivilgefangenen, dazu ferner 170 zählende Zivilgefangene, zusammen 19 343 Mann. Davon sind 4605 Deutsche, 1238 Engländer, 11 722 Franzosen, 1587 Belgier und 1 Oesterreicher. Bis insafid wurden 114 (15 Deutsche und 99 Franzosen) in ihre Heimat entlassen, 80 (9 Deutsche, 64 Franzosen) in ihre Heimat geflohen. Italien hat es mit Mühe auf seine günstigen humanitären Verhältnisse abgesehen, österreichisch-ungarische Gefangene zur Internierung in die Schweiz zu schicken, und auch Serbien hat abgesehen. Dagegen haben Frankreich und Oesterreich-Ungarn beschloffen, verwundete und kranke Zivilinternierte an die Schweiz zur Internierung

abzugeben. Die Kosten der Internierung betragen jetzt monatlich in runden Zahlen für Franzosen 2 Millionen Franken, für Deutsche Fr. 800 000, für Belgier Fr. 800 000 und für Engländer Fr. 200 000. Sie werden vom Heimatstaat vergütet.

Für die Beschäftigung der Internierten sorgen durch Arbeitsvermittlung drei Kriegskommissionen und eine Zentralkommission. Erstere bestehen aus je zwei Vertretern von Arbeitern und Internierten und einem Arbeiter, die Zentralkommission aus je einem Vertreter der Arbeiter und Internierten sowie einem Neutralen. Inzwischen ist ein umfangreiches Reglement für die Beschäftigung der Internierten aufgestellt und veröffentlicht worden, das einmal diese nach dem Grade ihrer Arbeitsfähigkeit in verschiedene Klassen einteilt, sodann dementsprechend die Arbeitsvermittlung regelt und endlich leitende Grundsätze für die Beschäftigung enthält. Die letzteren bestimmen unter anderem, daß gegenüber der einheimischen Arbeiterschaft weder Konkurrenz noch Verdrängung aus der Arbeit stattfinden darf. Unter den örtlichen Kaufleuten darf kein beschäftigter Internierter entlohn werden. Teilweise Arbeitsfähige, die für die Internierten selbst arbeiten (Schuhmacher, Schneider usw.), können aus der Orts- oder Unlohnklasse des Betriebes eine tägliche Gehaltszulage bis zu Fr. 1 erhalten. Die voll Arbeitsfähigen haben 40 pZt. ihres Verdienstes an die Ortsklasse abzugeben, die im Interesse der Internierten verwendet werden. Vollständig Arbeitsfähige haben mit dem Lohn für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Sie unterliegen auch dem schweizerischen Sozialpflichtgesetz, genießen also denselben Schutz, während Umfälle von nur teilweise Arbeitsfähigen als Kriegsbeschädigten behandelt werden. Das Reglement bestimmt für ganz und teilweise Arbeitsfähige den Arbeitslohn, der durch militärischen Verlust ausgesetzt wird. Internierte Offiziere und Unteroffiziere sind vom Arbeitslohn ausgeschlossen. So umfangreich und detailliert das Reglement auch ist, der misstrauischen Ausbeutung der Internierten durch Unternehmer läßt es doch noch zu viel Raum.

Die Heimtransporte nichtverpflichteter Zivilgefangener und Evakuierter dauern fort. Es wurden deren von April bis August 1916 2157 heimgeführt, wovon 845 Deutsche, 788 Franzosen, 631 Italiener, 91 Oesterreicher und 1740 Spanier, 807 Belgier, 926 Deutsche und 3928 französische Militärärzte und Sanitätsmännchen, zusammen 4853, wurden seit März 1915 heimgeführt.

Arbeitsmarkt.

Maurer und Hilfsarbeiter gesucht!

Die „Union“, Bauergesellschaft aus Stitten, sucht für ihren Neubau Kräfzwerkstattendort bei Spremberg in der Paulstr. 30 bis 40 Maurer. Die Baustelle liegt in der Nähe der Hauptbahnhofstraße von Stitten. Spremberg. Es wird ein Stundenlohn von 65 s. gezahlt; die Arbeitszeit ist zehn Stunden. Unterkunft ist in Trattenhof und Garre gut zu beschaffen. Die Kantine der Kraftverorgungsgesellschaft Mannheim liefert Mittagessen für 60 s. den Rest der Kosten zahlt die Firma „Union“, Bauergesellschaft. Die Zurechtstellungen werden in vier Wochenfrist zurückgezahlt. Arbeitslose Kollegen können sofort zurecht kommen, falls sie noch eine besondere Auskunft haben wollen, sich auch zuvor noch an den Leiter unserer Zentralarbeitsnachweises, Hermann Silberfeld, Berlin SO 16, Engelauer 15, wenden. Die direkt Zurechtstellen wollen sich in Trattenhof bei Spremberg 8 km p. z. w. melden. Auch der Voller Geschäftling (Firma Kutsche aus Chemnitz) auf Kraftwerk Trattenhof bei Spremberg sucht noch Maurer für Kesselaufbau. Stundenlohn 85 bis 90 s. Die bis jetzt dort zugewiesenen Kollegen werden demnach zum Teil mit der Firma nach Wilmshausen, um dort ähnliche Arbeiten auszuführen, verlegt. Nach einer Mitteilung unserer Zentralarbeitsnachweises sind die betreffenden Kollegen mit dem Werkstätten in Trattenhof zurecht.

200 Maurer und 200 Hilfsarbeiter für einen größeren Bau in einem Vorort Berlins sucht unser Berliner Arbeitsnachweises. Es werden die Tariflöhne: 98 s. für Maurer und 78 s. für Hilfsarbeiter gezahlt, ferner 42 s. Fahrlohn täglich. Meldungen nimmt unser Zweigverein Berlin entgegen.

50 bis 100 Maurer und Zimmerleute sowie einige Poliere für Kriegsbauten bei Mathenow werden sofort verlangt. Stundenlohn 110. Die einmaligen Arbeitslosen von der Wohnung zur Baustelle werden zurückgezahlt. Für Unterkunft tragen die Unternehmer Sorge. Die Baustelle ist täglich mit der Bahn von Mathenow aus zu erreichen. Meldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt unser Zentralarbeitsnachweises, Berlin, Engelauer 15.

Aus den Tarifämtern.

Tarifamt Nürnberg. Am 21. September legte das Gewerbeamt Nürnberg als Tarifamt, um darüber zu entscheiden, ob ein dortiger Unternehmer verpflichtet sei, die am 3. und 4. Mai vereinbarte Tarifzulage zu zahlen. Es bestehen dort ganz eigenständige Verhältnisse. Von den drei anliegenden Unternehmern gehört der maßgebendste, G. Gärtner, dem Arbeitgeberverband Hofenheim an; der zweite erklärte dem Gewerbeamt, daß er „nicht dabei“ sei, während der Vorsitzende des Verbandes das Gegenteil behauptete; der dritte steht dem Gewerbeamt fern. Die ersten vier Pflanzger der Tarifzulage wurden nun von sämtlichen Unternehmern anerkannt und auch bezahlt. Sie weigerten sich jedoch, die vom 1. Juli und 1. September fälligen Zulagen zu zahlen. Auf Verlangen des einzigen bei ihm beschäftigten Arbeiters zahlte ein Unternehmer zwei Wochen lang die Zulage; wahrscheinlich auf Verlangen des Arbeiters wurde jedoch der Betrag in der dritten Woche wieder abgezogen. Dies ließ sich der Arbeiter nicht ohne weiteres gefallen; es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen und gegenseitig getrauten Verletzungen. Da auch eine

Stufsprache des Bezirksleiters mit Gärtnern zu seinen Dispositionen führte, wurde das Gewerbegebiet angereichert. Letzteres beschränkte sich auf einen Vermittlungsversuch, da vorher eine Schlichtungskommission nicht getagt habe. Die Vermittlungen des Herrn Regierungsrates blieben aber erfolglos, da Gärtnern rundweg erklärte: „I mag nit, und wenn I mit auf'n Kopf stell'n, mag i a nit.“ Gärtnern wurde nur nahe gelegt, auf die Entscheidung der Schlichtungskommission zu verzichten, da es ausgeschlossen sei, diese Instanz ins Leben zu rufen, da keine Unternehmer zu haben seien. Doch lebte Gärtnern auch diesen Vorbehalt rundweg ab. Mittels eingeschriebenen Briefes wurde nun vom Bezirksleiter der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Rosenheim aufgefordert, für das Verwaltungsverfahren der Schlichtungskommission einzutreten. Aus den vorher erwähnten Gründen war jedoch an eine Einberufung nicht zu denken, und so hatte sich am 21. September das Gewerbeamt als Tarifamt mit der Sache zu befassen. Nach langwieriger Unterhandlung, die manchmal aus Tragikomödie drehte, erklärte nun endlich Gärtnern, daß von jetzt an die Zulage bezahlt werde, und zwar rückwärts bis 1. September. Der nicht organisierte Unternehmer gab nun die Zulage auch, und mit dem dritten, nicht nur in einer Beziehung zweifelhaften Unternehmer werden wir abrechnen müssen, wenn er je wieder Arbeiter brauchen sollte. Was dahin werden die beiden zu Schaden gekommenen „Wortersollenden“ wieder berechtigt sein. Daß sich die Unternehmer überhaupt auf diesen Standpunkt stellen konnten, daß wir diesen langwierigen Weg beschritten und uns mit diesem Erfolge zufrieden geben mußten, liegt daran, daß leider auch unser Zweigverein nicht auf der Höhe der Zeit steht. In diesem Falle wäre ein ganz anderes Vorgehen am Platze gewesen. Mögen die Kollegen eine Lehre daraus ziehen und uns durch den Ausbau des Zweigvereins in die Lage versetzen, daß die Unternehmer jederzeit zur Beitragsrückzahlung angehalten werden können. Der letzte Streit mit Gärtnern und Genossen ist es noch nicht gewesen. Dafür bürgt schon das Temperament dieses Herrn.

Gipser und Stuckateure.

Eine unübliche Verhöhnung sendet uns Herr Stuckgeschäftsleiter Herr Reich in D u s s l a r g. In einem in Nr. 33 des „Grundstein“ enthaltenen Brief kam der Sach vor: „Auch der Stuckateuremeister Müllert gibt seinen mit Putzen beschäftigten Gesellen nur 82 Pfennig 83.“ Dagegen wendet sich Herr Müllert, indem er nachzumerken sucht, daß vom 1. August an 83 Pf. der richtige Lohn gewesen sei. Bis 1. Januar 1918 seien 47 Pf. der Tariflohn gewesen; von da an sollte eine feinstufige Lohnsteigerung von 5 Pf. gezahlt werden, wozu am 1. August noch eine weitere, vom Stuckateureverband von Rheinland und Westfalen beschlossene „freiwillige Zulage“ von 3 Pf. gekommen sei. Vom 1. September an sollten weitere 2 Pf. dazu bezahlt werden. Diese Zulage habe er bezahlt. — Herr Müllert ist im Irrtum. Er überläßt, daß die Lohnsteigerung bei neunmühdiger Arbeitstätigkeit, die in Duisburg besteht, nicht 10 Pf., sondern 11 Pf. — 6 Pf. und 2 Pf. — ist. Der Stundenlohn der Putzer hätte demnach noch 83 Pf. nicht auf 84 Pf., sondern auf 85 Pf. zu steigen. Herr Müllert gibt also selbst zu, daß er in Wirklichkeit 1 Pf. zu wenig bezahlt hat. Herr Müllert hat ferner auch keine Ursache, unsere Kollegen aufzufordern zu lassen, die Arbeit, gemäß § 6 des Vertrages, nicht ohne Kündigung zu verweigern. Unsere Kollegen haben die Arbeit „am Schluß des Arbeitsjahres“ nicht verweigert, wie das in § 6 des Vertrages ausdrücklich festgelegt ist.

Katowitz. Am 3. Juni wandte sich die hiesige Sektion der Stuckateure an die Unternehmer wegen einer Lohnsteigerung. Es wurde eine gemeinsame Sitzung verlangt, in der man sich verständigen sollte. Obwohl es gelang, in einem gemeinsamen Unternehmern keine Antwort zu bekommen, erschienen drei Unternehmer; ein vierter hatte von vornherein zugestimmt, den verlangten Lohn zu zahlen. Als Nachtrag zu unserm Vertrage sind in der gemeinsamen Sitzung folgende, sofort in Kraft tretende Vereinbarungen getroffen worden: 1. Mindestlohn für Arbeiter 1. Arbeiter 1. Mindestlohn für Arbeiter 81 Pf. die Stunde, bisher 70 Pf.; 2. für Jung- und Glaserarbeiten 91 Pf. die Stunde, bisher 80 Pf.; 3. für Malerarbeiten 96 Pf. die Stunde, bisher 85 Pf. B. Werftarbeiter. 1. Mindestlohn für Werftarbeiter 66 Pf. die Stunde. 2. Gesellen im ersten Gesellenjahre 61 bis 61 Pf. die Stunde. Bei Arbeiterarbeiten ist eine sechshundertprozentige Zulage zu gewähren, und zwar so, daß zu dem im Accord verdienten Lohn die 100 pht. hinzugerechnet werden. An Kollektiv werden gewährt bei täglicher Mühschicht M. 1,25. Kann die Mühschicht nicht erfolgen, so ist ein Kollektiv M. 2,75 den Tag zu zahlen. Bei Hauptvertrag und der Nachtrag gelten bis zum 1. Mai 1917. Sollte bis Ende dieses Jahres der Krieg noch nicht beigelegt sein, so verlängert sich der Vertrag schließend bis 1. Mai 1918. Diese Vereinbarung wurde von uns und von vier Arbeitgebern unterzeichnet. Um die Anerkennung des Nachtrages auch von den anderen Arbeitgebern zu erlangen, wurde die Zeitung ein Exemplar an die Arbeitgeber, die an der Sitzung nicht teilgenommen hatten. Anstatt der Unterschrift ist uns folgender Brief zugegangen worden: „Seufzen, D. S., den 31. Juli 1918. An den Deutschen Bauarbeiterverband, Sektion der Stuckateure in Katowitz. Auf Ihre Zusage vom 15. Juni 1918 erwidere Ihnen hiermit die unterzeichneten Firmen folgendes: Nach der mit Ihnen feierlich getroffenen Vereinbarung läuft der abgeschlossene Tarifvertrag noch bis 1917; aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die mit einigen Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen über Lohnsteigerungen zu bewilligen. Die bisher unterzeichneten Firmen Wenzel und Hoff, sowie Walter Maschinenbau haben, wie Ihnen doch bekannt sein dürfte, wenig, ja fast gar keine Stuckarbeiten ausgeführt und werden wohl auch in Zukunft kaum derartige Arbeiten ausführen, da dieselben auf diesem Gebiete gar keine Nachfrage sind. Aus diesen Gründen war es den genannten Firmen auch nicht möglich, Ihre hohen Forderungen zu bewilligen. Der noch geltende Tarifvertrag ist so hoch und unbillig für die Arbeiterinnen abgeschlossen, daß durchaus keine Bewilligung vorliegt, Lohnsteigerungen zu gewähren. Nach den jetzt geltenden Akkordverträgen kann ein halbes Pfennig Arbeiterlohn Stuckateure M. 12 bis 16 den Tag verdienen. Daß bei einem

derartigen Verdienst jetzt in der Kriegszeit nicht noch ein Lohnsteigerung möglich ist, werden Sie wohl ohne weiteres einsehen. Außerdem ist bei der jetzt erforderlichen Pandemien-Bekämpfung eine erhebliche Mehrleistung gar nicht erforderlich. Ferner sind uns Fälle bekannt, daß Stuckateure von Maurermeistern Arbeiten unmittelbar zu weit billigeren Preisen ausführen, als der Tarif vorschreibt. Hochachtungsvoll Max Kopp, Herrmann Kapf, B. Martiniem. Max Jahn.“ Nach diesem Brief könnte man glauben, daß unsere oben beschriebenen Stuckateure trotz des Krieges in der glücklichsten Lage wären. Hoffentlich werden nun unsere Kollegen nicht mehr glauben, daß die Unternehmer allein zulegen, wenn sie sehen, daß es den Arbeitern nicht geht. Der Brief zeigt, daß kein festes Verhältnis bei diesen Arbeitgebern vorhanden ist. Nun, und ist nicht bange davor, bei den oben genannten Firmen ohne Vertrag zu arbeiten, unsern Lohn werden wir schon erhalten. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kollegen sich zunächst bei der Zweigvereinsleitung erkundigen, bevor sie bei diesen Firmen in Arbeit treten.

Niederstattung der Feuererzulagen.

Wie kürzlich das preussische Kriegsministerium, so hat nun auch der Minister der öffentlichen Arbeiten die Zulage des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wegen Niederstattung der Feuererzulagen im Sinne des Arbeiterverbandes beantragt. Er habe die ihn unterstellten Baugewerksvereine angewiesen, die Zulage jedes Gewerkschafts mit besonderem Wohlwollen zu prüfen. — Nach diesen Ausführungen der maßgebenden Behörden werden die übrigen staatlichen und kommunalen Bauauftraggeber zweifellos ähnlich handeln. Damit wird den Unternehmern jede Aussicht, daß sie die tariflichen Feuererzulagen nicht zahlen könnten, unmöglich. Wir fordern unsere Kollegen bei dieser Gelegenheit neue auf, überall reiflich die tarifliche Zulage zu fordern.

Zur Frauenarbeit auf Bauten.

Im „Baumaterialmarkt“ lesen wir: „Die Frage der Zulassung von Frauen zum Besuch von Baugewerkschulen wurde im Zuge der Verhandlungen zwischen dem Baugewerksmeister und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten entschieden. Die Verhandlung hat den Verband meist darin auf die natürlichen Schwierigkeiten hin, die sich der praktischen Tätigkeit einer Frau auf dem Bauplatz entgegenstellen. In weiterer Folge wird durch das von uns hinsichtlich der praktischen Ausbildung, die jedoch für das volle Verständnis im theoretischen Unterricht von größter Bedeutung und unbedingt notwendig ist, den Schülerinnen von vornherein ein Gleichschritt mit ihren männlichen Kollegen unmöglich gemacht. Diese natürlichen Folgen lassen sich auch in der späteren Gewöhnung des weiblichen Bauarbeiters nicht ausgleichen, weil die Schweregelegenheit, die in der Baupraxis unzulässig für eine Frau dauernd bestehen bleiben. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister tritt daher dafür ein, daß die Zulassung von Frauen zum Besuch von Baugewerkschulen keine Förderung erfährt.“ — Es ist ersichtlich, daß auch der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister die natürlichen Schwierigkeiten anerkennt, die sich der praktischen Tätigkeit einer Frau auf dem Bauplatz entgegenstellen. Diese Schwierigkeiten haben freilich viele Baugewerksmeister nicht davon abgehalten, Frauen mit recht jäheren Bauarbeiten zu beschäftigen. Nicht selten schon die Leistung eines Bauarbeiters die Tätigkeit in Bauarbeiten seine Arbeit für Frauen sein soll, dürfte die schwere Bauarbeit aber der nicht minder schwere Materialtransport doch erst recht keine sein.

In dieser Frage scheint eine Diskussion einzurücken, ohne daß man dabei der Sache richtig auf den Grund kommen kann. Ich habe an mehreren Stellen darüber geschrieben. Im Frauenratgeber bemerkt, daß auch in anderen Berufen die Frauen an Arbeiten fanden, die vor dem Kriege nicht einmal von körperlich schwächeren Arbeitern gemacht wurden. Selbst Frauen und Mädchen des flachen Landes sahen Stundenlohn mit der Bahn zu denartigen Arbeitsstellen. Was treibt sie her? Ist die Arbeit nicht den hohen Verdiensten, die, wie die nackte, harte Tat ist, eben da den Unterhalt zu suchen, wo sie ihn finden. Manche Frau unserer landlichen Kollegen ist ihrer früheren Arbeit bei irgendeinem Bauern entzogen, weil der kriegsgeplagene Hufe oder Franzose eine billige Arbeitskraft ist. Wie auf dem Lande, so geht es in der Stadt. Viele Frauen, die vor dem Kriege eine Putzerin oder sonstige Jugelerin hatten, besorgen, nachdem der Mann eingezogen worden ist, die Arbeit selbst. Die Putzerin kann ja leicht wo anders Arbeit finden. Aus allen diesen Gründen ist es meiner Auffassung nach Pflicht aller noch im Berufsleben stehenden, den Bauarbeitern nicht mit Widerwillen zu begegnen, sondern ihnen bei der Arbeit, besonders in Bezug auf Bauarbeiterlohn und sonstige Minderwertigkeiten mit Rat und Tat beizustehen. Wohl weiß ich, daß mancher Kollege in Folge seines Alters oder seiner Inaktivität von Unternehmern nur noch gebraucht wird, weil er kein besserer Arbeiter zu haben ist, und daß er infolgedessen oft nur für sich allein zu tun hat. Doch wird mancher erfahrene Kollege eher die Worte finden, um der Arbeiterin zu ihrem Rechte zu verhelfen, als die Arbeit selbst. Unter keinen Umständen darf daran gedacht werden, die Bauarbeiterinnen zu organisieren. Dieser Vorstoß muß nach wie vor dem Frauenratgeber sein. Weg mit Frauenhänden von schwerer Arbeit! Das sind wir nicht nur unserer Organisation, sondern auch unserer Nachkommen schuldig. Seiden diese nicht schon genug unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse? Viele Frauen und Kinder sind schon in den letzten Jahren infolge zu schwerer Arbeit erkrankt oder gestorben. Während des Krieges wird nach meiner Überzeugung, trotz aller Diskussion, in dieser Frage etwas Zweckdienliches nicht getan werden können. Es gibt jetzt viel mehr im Verband zu tun. Die Leiter der Zweigvereine werden genug zu tun haben, wenn sie den Forderungen auf der Spur bleiben wollen. Wenn alle in diese Richtung Kollegen werden fallen. Mäander wird zwar noch der Weg gehen, den schon so viele gegangen sind; aber viele werden auch wieder kommen und werden Nachschub verlangen. Sie werden Wille haben, den alten Bau wieder herzurufen. Aber auch das kleinste Häuflein wird sich wieder zu allen Toren erheben.

Dr. Dittmar, Schweinfurt, zugeht im Lazarett Mühlweiser.

Die Einwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Kriege.

Was mich in erster Linie angeht, nachdem ich die bis jetzt erschienenen Artikel durchgesehen bin, ist das Baumwerden der Ansicht, es müsse sich durch Tarifvertrag ermöglichen lassen, die Beschäftigung der inländischen Arbeiter voranzujagen und erst nachdem sich nach Ausländern als eine gezielte. Es geht mir aber eine feste Organisation und die Vorbereitung dazu in dem Sinne, daß es allen Kollegen als erstrebenswerter Ziel erscheint, den Verband zu stärken, um nach dem Kriege mit Aussicht auf eine sachlich zu regelnde Lösung dieser und auch noch so anderer anderer Frage heranzugehen zu können. Auch ein Anknüpfen an die Generalkommission und Verbände anderer Richtungen wird nötig sein, da ja auch sie zum Teil unter der zu großen Zumwanderung leiden. Und seien wir doch offen: Es handelt sich doch in der Hauptsache um die schon zum Liebesitz bekannte mindere Organisationskraft dieser Arbeitergesellschaften vom Ausland. Der Zustand ist mangelhaft zum Hochladen. Der deutsche Kollege ist arbeitslos und soll Steuern zahlen, und der russische oder italienische oder sonstige ausländische Arbeiter arbeitet, erwidert uns mit seiner „wolligen Eigenart“ den Kampf um ein besseres Dasein und geht wohl in vielen Fällen gar unter. Nicht quetschbergnig beim beginnenden Winter zu Wuttern. Und auf den uns noch verbleibenden Wustellen geht die Jagd nach den Kollegen los, die nach Steuererleichterungen haben. Dies sind Sachen, die uns nicht gleich die Mitgliedsorganisation und dem auch die Finanzierung des Verbandes äußerst erschweren, zumal die Beitragszahlung, namentlich im Winter, infolge der an und für sich schlechteren Arbeitsgelegenheit nachläßt. Durch gleichzeitige Einmischung der Arbeitgebervertreter in den Erträgen und Gewinnen liegt sich da vieles ändern. Wenn Arbeiter von solchen Körperlichkeiten vergeben werden, so muß mit mehr Energie als bisher dafür gekämpft werden, daß in erster Linie unsere Leute beschäftigt und natürlich auch angemessen entlohnt werden. Auch muß man sehen, möglichst gut organisierte Leute bei solchen Arbeiten unterzubringen, die ihre Interessen zu wahren verstehen. Das heißt, daß doch machen, ohne eingestellte Ausländer zu beschimpfen. Daß die letzteren der Organisation schwer zugänglich sind, ist doch klar. Eine feste Heimat haben sie nicht. Sind sie in ihrem angestammten Vaterlande, so legen sie sich weder Organisationsbestrebungen gegenüber: Was mir denn Marjisch! Denn sobald der Winter vorbei ist und der Blaueiswind im Nord- oder Westwind weht, dann: „Ade, du mein lieb Heimatland!“ Und auswärts wird es wieder so gemacht. Da wird von einem Jahre zum andern so fortgezogen. Daß in Bremen so gute Erfahrungen mit den italienischen Terrazzoarbeitern gemacht wurden, ist möglich; doch ist dabei mancherlei zu beachten. Erstens sind diese Leute in einer Spezialbranche, wo die Weiten ihres Leidens zu finden sind; zweitens ist es richtig, daß die Arbeiter in allgemeinen schon mit am besten organisiert ist, und es kommt doch nicht zuletzt darauf an, mit welchem Stamm eigener, einseitiger Kollegen man es zu tun hat. Sehen wir also einmal von dieser Spezialkategorie ab, so hat doch Kollege Vorzmann recht benevolente Fragen über die Zusammenverge (siehe Konferenz der Eisenbauarbeiter des Bezirks Bremen, am 14. November 1913 zu Bremen). Was das Beispiel von dem Agenten anbelangt, der sich umsonst nach auswärtsigen Streikbrechern umseh, so ist zu sagen: Hätte der Agent im Frühjahr wecheln haben wollen, so hätte Kollege Franz wohl sein klares Wunder erlebt. Was heißt es: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Wer will sich denn nicht vereinigen? Wir haben wohl Beweise genug, daß wir uns unterer bisherigen Tätigkeit in dieser Richtung nicht zu genieren brauchen. Daraus soll weiter unten etwas zu lesen sein. Ich vermute ich wieder auf die schon genannte Konferenz. Wir wollten und wollen uns immer vereinigen; gerade dazu haben wir unsere Organisation. Da aber zum Vereinigen immer mehrere gegeben und die Zusammenverge in den meisten Fällen verfallen, ist eben in dieser Hinsicht noch nicht viel zu machen, und es bleibt bei den schon genannten. Das heißt, daß man die richtigen Figuren im eigenen Lande durchaus nicht in Schutz. Ich glaube aber, die große Mehrheit der Gesamtarbeiterschaft in Deutschland hinter mir zu haben, wenn ich derlei Ansicht zuneige, die sich mit vorliegenden Ausnahmen durch die ganze Arbeiterklasse zur Ausführender ginnurchsetzt. Jeder deutsche Arbeiter wird jederzeit gern mit Gewerkschaftsgenossen, nachgemerkter: Gewerkschaftsgenossen, zusammenarbeiten, welcher Nation sie auch immer angehören; doch muß der Deutsche leicht erst beschäftigung haben. Interessant ist auch der Artikel in Nr. 31 des „Grundstein“ über „Die Zusammenverge in Italien“. Da hört man unter anderem, was für eine verwerfliche Gesellschaft die deutschen Gewerkschaften sind. Da kann man sich nicht wundern, wenn man das internationale Gewerkschaftsbüroau den „Leuten der niedrigen Meinung“ und „lastenreiche Fingulätter“ heranzugehen modern, da wurde ein italienischer Sekretär angestellt, nur um in engerer Fühlung mit den italienischen Kollegen zu kommen. Dies geschah allerdings von unserm Gelde; war wohl aber doch nur ein Ausfluß der neuerdlichen „internationalen Bau“-Vielheit vergrößert auch Nigola nicht, auf beliebiger Konferenz die Gewusst der ihm verbündeten Länder zu fragen, wie viel Geld deutscher Arbeiter in Friedenszeiten es war, was die Pariser „Dumantit“ über Wasser hielt, aus welchem Grunde anlässlich des großen englischen Maschinenarbeiterstreiks die Unternehmungsgeber am reichlichsten geflossen sind, von welcher die meiste große Summe zum Zweck der Unterstützung der russischen Revolutionäre kam, wie den schwedischen Generalrat am kräftigsten unterstützte? Nur glaube, es genügt. Das alles, Freund Nigola, aus einer „niederträchtigen Meinung“ und „internationalen Bau“-Vielheit betrachtet die Frau ganzheitlich ganz im Stillen, wieviel ihr bei diesen Aktionen für andere übrig bleibt!

